

# ROTHEUTE

AUSGABE NR. 03 | DEZEMBER 2013 SCHWERPUNKT:HAUSHALT

WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE



## KLARE SCHWERPUNKTE

## TROTZ KNAPPER MITTEL

FRAKTIONEN SORGEN FÜR DEUTLICHE KORREKTUR DES HAUSHALTSENTWURFS FÜR DIE KOMMENDEN ZWEI JAHRE

## WEICHENSTELLUNG FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND BERATUNGSSTELLEN

**Es gibt nichts zu beschönigen: Bremen befindet sich in einer extremen Haushaltsnotlage. Dennoch darf Sparen nicht zum Selbstzweck werden. Auch deshalb haben die Fraktionen von SPD und Grünen jetzt ein deutliches Signal gesetzt und den Haushaltsentwurf des Senats entscheidend korrigiert. Das klare Ziel: Mehr Einsatz für Bildung, Wissenschaft und Beratungsstellen!**

Den Ganztagschulausbau, die Sicherung der Qualität der Lehre an den Hochschulen sowie ein Bekenntnis zu den Beratungsstellen: Diese Themen haben die Fraktionen von SPD und Grünen bei den Haushaltsberatungen in den Mittelpunkt gestellt.

„Beide Fraktionen haben die entsprechenden Beschlüsse in großer Einigkeit gefasst und damit die Schwerpunkte der Koalition unterstrichen“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe. „Bildung bleibt für uns dabei ein Kernthema. Denn mit Investitionen in Schulen und in den Ausbau der Ganztagsangebote stärken wir nicht nur den sozialen Zusammen-

halt, sondern leisten einen konkreten Beitrag zur Armutsbekämpfung.“ Auch daher werde beim Ganztagschulausbau jetzt aufs Tempo gedrückt, statt es – wie ursprünglich vom Senat vorgesehen – zu drosseln.

### Sieben neue Ganztagschulen!

Konkret: Insgesamt sieben neue Ganztagschulen gehen bis 2016 in Bremen an den Start! „Auch angesichts des jüngsten Bundesländer-Bildungsvergleichs ist diese Kurskorrektur, für die es übrigens auch ein klares SPD-Parteitagsvotum gab, richtig: Wir organisieren durch mehr Ganztagschulen mehr Lernzeit für Bremens Schülerinnen und Schüler

und stärken so auch die Schwerpunktsetzung des Senats im Bereich Bildung“, betont der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör.

Konkret heißt das: Nicht nur der Senat hat mit einer Erhöhung des Bildungsetats in seinen Haushalts Eckwerten für eine „Schippe drauf“ gesorgt, sondern auch die Fraktionen nehmen die Schaufel in die Hand!

### Wissenschaft schafft Arbeit!

Genau das gilt auch für den Wissenschaftsbereich: Gemeinsam mit dem Koalitionspartner hat die SPD-Fraktion in den Haushaltsberatungen den Erhalt von insgesamt 50 Stellen im

Bereich der Lehre an den Bremer und Bremerhavener Hochschulen sichergestellt. „Der Bund muss sich endlich deutlicher an der Hochschulfinanzierung beteiligen. Bis dahin sind wir gefordert und sorgen mit der jetzt beschlossenen ‚Wissenschaftsbrücke‘ dafür, die Qualität der Lehre an unseren Hochschulen zu sichern“, sagt Björn Tschöpe. Beiden Fraktionen sei dabei klar: „Wenn der Wissenschaftsbereich als Motor der Bremer Wirtschaftsentwicklung nicht ins Stottern kommen soll, müssen wir uns engagieren.“

### Konsens: Beratungsstellen bleiben

Weitere Korrekturen an den Haushaltsentwürfen des Senats haben

## THEMEN

SEITE 02: **AUF EIN WORT**  
Björn Tschöpe zum Bremer Haushalt

SEITE 03: **DER BREMER DOPPELHAUSHALT**  
2014 & 201: Fakten und Zahlen

SEITE 04: **IM FOKUS**  
Bildung & Wissenschaft

SEITE 05: **GESICHERT**  
Beratungsstellen & Begegnungsstätten

SEITE 06: **IM GESPRÄCH**  
Wie viel Spielraum bleibt der Politik?

SEITE 07: **FRAKTION AKTUELL**  
Arbeitsmarktförderung

SEITE 08: **FRAKTION AKTUELL**  
Polizei: Im Einsatz für die Bundesliga

die Koalitionsfraktionen bei den Beratungsstellen beschlossen: Statt deren Mittel zu kürzen oder komplett wegfällen zu lassen, wie es einige Ressorts vorgesehen hatten, bleiben die Beratungsstellen auf Beschluss der Fraktionen nicht nur erhalten, sondern werden teilweise noch ausgebaut. Zudem sind auch die vom Sozialressort ursprünglich geplanten Kürzungen bei den Begegnungsstätten vom Tisch.

Weitere Infos zu den konkreten Schwerpunkten und ihrer Finanzierung finden sich in dieser RotHeute-Spezialausgabe zum Thema „Haushalt“.



## DIE ROTEN WÜNSCHEN

## SCHÖNES FEST UND GUTEN RUTSCH!



## AUF EIN WORT

### KLARE SCHWERPUNKTE FÜR DIE NÄCHSTEN ZWEI JAHRE

Von Björn Tschöpe **Es gibt keine absolute Sicherheit in der Politik – außer vielleicht diese: Keine Haushaltsplanung verlässt das Parlament so, wie sie herein gekommen ist. Das gilt auch für den anstehenden Doppelhaushalt 2014/2015. Im April hat der Senat seine Haushaltseckwerte präsentiert. Bis Mitte November haben anschließend die Fraktionen von SPD und Grünen das gesamte Paket überprüft. Die zahlreichen Diskussionen haben sich gelohnt – und ganz nebenbei alle Spekulationen vom „Auslaufmodell“ Rot-Grün ins Reich der Märchen verwiesen.**

Im Gegenteil: Gerade in der Auseinandersetzung über diesen Haushalt ist mir – und ich glaube auch den Vertretern der Grünen – einmal mehr klar geworden, dass uns tatsächlich viel verbindet: Beide Seiten wollen etwas für Bremen und Bremerhaven erreichen und haben dabei in vielen Feldern gleiche oder ähnliche Ziele.

#### Gute Zusammenarbeit

Von Anfang an war allen Beteiligten klar, dass es eben nicht um rote oder grüne Ressort-Egoismen, sondern um gemeinsame Ziele geht: Wir wollen etwas für die Bereiche Bildung und Wissenschaft erreichen und unverzichtbare Beratungsangebote weiter absichern. Das ist uns gelungen. Und, dass wir es angesichts der Haushaltslage hinbekommen haben, für insgesamt sieben neue Ganztagsgrundschulen in der Stadtgemeinde Bremen zu sorgen, ist ein großer Erfolg.

Die Ausgangslage war dabei alles andere als einfach: Schon der Senat hatte sich mit der Aufstellung der Haushaltseckwerte schwer getan. Kein Wunder: Da die finanziellen Spielräume immer enger werden, setzt sich jede Senatorin und jeder Senator für das eigene Ressort ein. Dabei einen Ausgleich zu erreichen ist nicht leicht. Dennoch ist es uns wichtig, klare Schwerpunkte zu setzen – und zwar vor allem im Bereich Bildung.

#### Wir investieren in Bildung

Damit ziehen wir nicht nur eine Lehre aus den jüngsten Schulvergleichsergebnissen, sondern unterstützen und schärfen die Schwerpunktsetzung des Senats, der den Etat für den Bildungsbereich schon in den Haushaltseckwerten um 7,5 Millionen Euro aufgestockt hatte. Gemeinsam mit der Fraktion der Grünen haben wir jetzt beschlossen, diese Bemühungen durch den Ganztagschulausbau noch zu verstärken. Wir investieren in den Bereich Bildung auch um dadurch langfristig Armut zu vermeiden. Denn Bildungschancen und Armutsrisiken sind eng miteinander verknüpft.

Genau deshalb wird der von uns durchgesetzte Ganztagschulausbau vor allem dort erfolgen, wo er am nötigsten ist: In den Stadtteilen, die ihren Sozialindikatoren nach als besonders benachteiligt gelten.

#### Wissenschaftsbrücke für Qualität der Lehre

Darüber hinaus machen wir uns für die Bremer Wissenschaftslandschaft stark – denn sie ist ein Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Mit zusätzlichen Mitteln verhindern wir den Abbau von rund 50 Stellen an den Bremer Hochschulen. In der Erwartung, dass eine neue Bundesregierung sich stärker an der Hochschulfinanzierung beteiligt, investieren wir bis dahin mit dieser von uns „Wissenschaftsbrücke“ genannten Maßnahme direkt in die Qualität der Lehre.

#### Beratungsstellen & Begegnungsstätten

Außerdem haben wir die Sparvorschläge der einzelnen Ressorts im Bereich der Beratungsstellen und Begegnungsstätten korrigiert. So war beispielsweise für das Rat- und Tatzentrum ein komplettes Ende der Förderung vorgesehen und auch der Notruf für vergewaltigte Frauen sowie das Frauengesundheitszentrum Tenever hätten Einbußen hinnehmen müssen. All das ist mit dem Verhandlungsergebnis der beiden Koalitionsfraktionen jetzt vom Tisch. Ebenso wie die vom Sozialressort ursprünglich vorgesehene Kürzung bei den Senioren-Begegnungsstätten. Parallel dazu werden einige Beratungsstellen – wie etwa der Verein „Neue Wege“, das Mädchenhaus oder der Gesundheitstreffpunkt West – sogar eine Aufstockung der ursprünglich vom Senat geplanten Förderung erhalten.

#### Finanzierung ohne neue Schulden

Kurzum: Wir setzen deutliche inhaltliche Schwerpunkte und stellen daher mehr Geld für das Ganztagsschulprogramm, für Universität und Hochschulen sowie für die Beratungsstellen zur Verfügung. Um das zu finanzieren mussten wir allerdings auch schmerzhaft Entscheidungen treffen: Für zwei Jahre werden die stadtbremischen Mittel des Förderprogramms „Impulse für einen lebenswerte Stadt“ gebündelt und für den Ausbau der Ganztagsgrundschulen verwendet. Der ursprüngliche Zweck der Impulsmittel bleibt dabei erhalten: Das Geld kommt auf diese Weise direkt Kindern und Jugendliche in den Stadtteilen zu Gute. Dafür hat sich die SPD-Fraktion einmütig entschieden. Das heißt allerdings nicht, dass auf Stadtteil-

lebens keine Investitionen mehr gefördert werden: Aus der Vergangenheit stehen erhebliche, nicht abgerufene Restmittel aus dem Impuls-Programm zur Verfügung, und dieser Betrag wird in diesem Jahr noch steigen. Bei dringendem sozialen Bedarf und nachgewiesener Notwendigkeit wird es daher weiterhin möglich sein, einzelne Investitionen zu fördern. Gleichzeitig stehen im begrenzten Umfang Mittel der Stiftung Wohnliche Stadt zur Verfügung und im Übrigen gibt es selbstverständlich bei den zuständigen Ressorts auch Investitionstöpfe beispielsweise für Spielplätze oder Schulhofgestaltung.

#### Impulsprogramm weiterentwickeln

Zudem ist das Impuls-Förderprogramm keineswegs Geschichte. Im Gegenteil: Für die Haushaltsberatung 2016 bedarf es einer klaren Weiterentwicklung, also eines Impulsprogramms 2.0. Wichtig ist dabei, die entsprechenden Fördermittel vorrangig in die Stadtteile zu lenken, in denen die Probleme am größten sind. Außerdem müssen sich die jeweiligen Projekte daran messen lassen, ob sie Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen auch und gerade durch Bildung bekämpfen. All das müssen wir mit unbürokratischen, transparenten und innovativen Vergaberichtlinien sicherstellen. Zudem gilt: Wenn wir durch eine neue Bundesregierung neue Spielräume erhalten, werden wir bereits in 2014/15 bildungsaffine Impulsinvestitionen für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen in den Blick nehmen können.

Fazit: Wir sind überzeugt, dass die Bündelung der Impulsmittel für den Ausbau der Ganztagsgrundschulen in Stadtteilen mit schlechten Sozialindikatoren vernünftig ist. Sonst wäre ein weiterer Ausbau der Ganztagsgrundschulen nicht zustande gekommen. Wer unter Konsolidierungsbedingungen Prioritäten setzen will, muss auch Posteriotäten setzen, also deutlich machen, was gegenwärtig eben nicht an erster Stelle steht. Ich bin der Meinung, den Fraktionen ist es gelungen beides sozial vernünftig und zukunftsgerichtet auszu-tarieren. Auch daher bedanke ich mich bei allen, die sich bei den Vorbereitungen und in den Verhandlungen engagiert haben. Es war es wert!

BJÖRN TSCHÖPE  
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION

## GLOSSAR

### Schuldenbremse

Die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse erlaubt dem Bund ab 2016 nur noch bis zur Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes neue Kredite aufzunehmen. Für die Länder gilt ein vollständiges Neuschuldenverbot ab 2020.

### Stabilitätsrat

Der Stabilitätsrat ist ein gemeinsames Gremium von Bund und Ländern. Eine seiner zentralen Aufgaben ist die Überwachung der Einhaltung des vereinbarten Konsolidierungskurses. Werden die Vorgaben nicht eingehalten, erhält Bremen keine Konsolidierungshilfen. Bremen hat 2011 und 2012 alle Vorgaben erfüllt und sich damit die Bundeshilfe in Höhe von 300 Millionen Euro pro Jahr gesichert.

### Finanzierungsdefizit

Als Finanzierungsdefizit wird die Differenz zwischen den Ausgaben und Einnahmen eines öffentlichen Haushalts bezeichnet.

### Defizitobergrenzen

Um die Neuverschuldung in den Haushaltsnotlageländern bis 2020 auf null zu senken, hat der Stabilitätsrat eindeutige Defizitobergrenzen festgelegt. Bremen muss demzufolge seine Neuverschuldung von im Jahr 2010 ursprünglich 1,2 Milliarden Euro bis 2020 um jährlich 125 Millionen Euro auf null reduzieren. Diesen Regelungen zufolge darf der Zweistädtestaat 2014 maximal 752 und 2015 höchstens 627 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen.

### Konsolidierungshilfe

Für Bremen und vier weitere Länder hat die Föderalismuskommission II eine unverschuldete Haushaltsnotlage anerkannt. Aus eigener Kraft werden diese Länder nicht in der Lage sein, das Schuldenverbot einzuhalten. Bremen erhält daher bis 2020 jährlich Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Millionen Euro - wenn die vereinbarte Senkung des Finanzierungsdefizits in Höhe von rund 125 Millionen Euro jährlich eingehalten wird.

### Sicherheitsabstand

Bremen wird die Defizitobergrenze des Stabilitätsrates 2014 um 154 Millionen Euro und 2015 um 115 Millionen Euro unterschreiten. Dieser Sicherheitsabstand dient als „atmen-der Puffer“ für die schwankende Entwicklung der Steuereinnahmen und zur Abfederung unvorhergesehener Mehrausgaben.

### Altschulden

Das Bundesverfassungsgericht hat für Bremen eine unverschuldete Haushaltsnotlage festgestellt. Der Zweistädtestaat musste aufgrund struktureller Probleme hohe Kredite aufnehmen. Für diese Altschulden ist die Schuldenbremse allerdings keine Lösung: Selbst wenn ab 2020 keine neuen Kredite mehr aufgenommen werden, bleibt Bremen auf einem dann rund 20,8 Milliarden Euro hohen Schuldenberg sitzen.

### Zinszahlungen

Die hohen Altschulden Bremens haben hohe Zinsen zur Folge: 20 Prozent der Steuereinnahmen müssen in Bremen für Zinszahlungen ausgegeben werden. Der Länderdurchschnitt liegt bei acht Prozent.

# DER BREMER HAUSHALT 2014/2015

## SCHWERPUNKTSETZUNG TROTZ KNAPPER MITTEL

### HAUSHALTSENTWURF DES SENATS: WEITER AUF KONSOLIDIERUNGSKURS

Um den Bremer Haushalt zu beschreiben, kommt man um einige Zahlen nicht herum: Erwarteten Einnahmen von rund 4,1 Milliarden Euro stehen 2014 Ausgaben in Höhe von knapp 4,8 Milliarden Euro gegenüber. 2015 wird derweil mit etwa 4,2 Milliarden Euro Einnahmen und 4,83 Milliarden Euro Ausgaben gerechnet.

Fakt ist also: Trotz der Konsolidierungshilfe von Bund und Ländern bleiben die Ausgaben höher, als die Einnahmen. Das führt dazu, das Bremen weiterhin neue Kredite aufnehmen muss. Durch die konsequente Fortsetzung des Konsolidierungskurses wird die Höhe der Neuverschuldung allerdings weiterhin kontinuierlich gesenkt, so dass auch in den kommenden Jahren die Stabili-

tätsrat-Vorgaben eingehalten werden. Dabei werden die Defizitobergrenzen, die vom Stabilitätsrat mit 752 Millionen Euro (2014) beziehungsweise 627 Millionen Euro (2015) festgelegt sind, sogar deutlich unterschritten: Mit 598 Millionen Euro im nächsten und 512 Millionen Euro im übernächsten Jahr nimmt Bremen weitaus weniger neue Schulden auf als eigentlich „erlaubt“ wären. Dadurch bleibt ein ausreichend großer Sicherheitsabstand in Höhe von 154 Millionen Euro (2014) beziehungsweise 115 Millionen Euro (2015) für unvorhergesehene Ausgaben erhalten. Um das zu erreichen, dreht Bremen sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben weiterhin an den Stellschrauben. Aber trotz des Sparkurses werden in den Haushaltsentwürfen auch deutliche Schwerpunkte gesetzt:

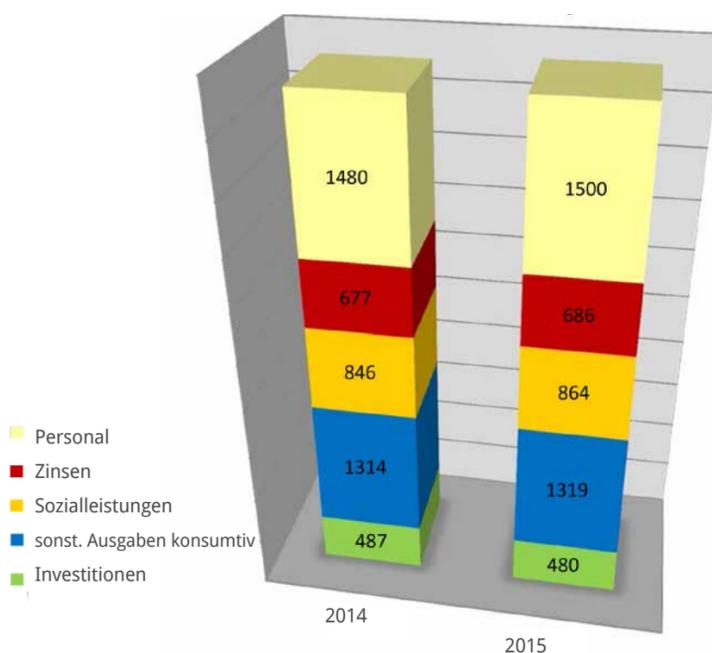
- Vorgesehen sind zusätzliche Mittel für den weiteren **Ausbau der Kindertagesbetreuung** in Höhe von 15,1 Millionen Euro. Welcher Kraftakt hinter diesen Zahlen steckt, macht ein Vergleich deutlich: 2007 hat Bremen rund 85 Millionen Euro für die Kinderbetreuung ausgegeben. 2015 werden rund 151 Millionen Euro dafür bereitgestellt.
- Zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung werden zusätzlich 3,5 Millionen Euro für den Bereich **Bildung** zur Verfügung gestellt. 70 neue Vollzeitstellen sollen eingerichtet werden. Darüber hinaus fließen zusätzliche Mittel in Höhe von 4,6 Millionen Euro jährlich in die Finanzierung der **Ganztagsangebote**.
- Durch 4 Millionen Euro pro Jahr wird zukünftig die erwartete Halbierung der ESF- und weiterer Fördermittel für die **Arbeitsmarktpolitik** kompensiert.
- Um auch weiterhin das ermäßigte **StadtTicket** anbieten zu können, das finanzschwachen Bremerinnen und Bremern die Benutzung von Bus und Bahn ermöglicht, werden jährlich 2,8 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.
- Für Sanierungsmaßnahmen an den **Hochschulen** werden im nächsten Jahr 3 und 2015 weitere 6 Millionen Euro fließen.
- Die Krankenhausinvestitionsförderung wird um jeweils 10 Millionen Euro für die Jahre 2014 und 2015 erhöht.
- Für den Posten **Investitionen** stehen insgesamt 487 Millionen Euro in 2014 und 480 Millionen Euro in 2015 bereit. Nach Abzug der Tilgungskosten für bereits fertig

gestellte Projekte verbleiben 418 Millionen Euro in 2014 und 419 Millionen Euro in 2015. Dies ist vergleichbar mit dem Niveau von 2013 (377 Millionen Euro).

- Darüber hinaus werden insgesamt 37 Millionen Euro für den geplanten **Offshore-Terminal** in Bremerhaven sowie die erforderlichen Mittel für die kurzfristige **Unterbringung von Flüchtlingen** sichergestellt.

Parallel zu diesen und weiteren Schwerpunkten setzt Bremen auf eine Steigerung der Einnahmen: So sind unter anderem durch die Erhöhung des Gewerbesteuersatzes Mehreinnahmen in Höhe von 13 Millionen Euro jährlich zu erwarten. Das ebenfalls beschlossene Plus von 0,5 Prozent bei der Grunderwerbssteuer soll derweil Mehreinnahmen von 8,1 (2014) beziehungsweise 8,4 Millionen Euro im Jahr 2015 zur Folge haben. Zudem sind mit der – nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts geänderten – Tourismus-Abgabe (City-Tax) Einnahmeerwartungen von mindestens 1,4 Millionen Euro pro Jahr verbunden. Darüber hinaus mussten schwierige Entscheidungen getroffen werden: So kann der Tarifabschluss für die öffentlichen Angestellten nur auf die Beamten des unteren und mittleren Dienstes komplett übertragen werden. Die Besoldungsgruppen A11 bis einschließlich A12a erhalten eine im Vergleich geringere, Erhöhung um ein Prozent und für höhere Besoldungsgruppen gibt es keine Tarifierhöhung. Durch diese Staffelung wird der Bremer Haushalt allein in den Jahren 2013 und 2014 um insgesamt 64 Millionen Euro entlastet.

### DOPPELHAUSHALT 2014/15: AUSGABEN



### HAUSHALTSBERATUNG DER FRAKTIONEN: KORREKTUREN OHNE NEUE SCHULDEN

In ihren Haushaltsberatungen haben die Fraktionen von SPD und Grünen die Haushaltseckwerte des Senats an verschiedenen Stellen korrigiert und die politische Schwerpunktsetzung noch verstärkt. Vorgabe dabei war von Anfang an, dass keine weiteren Schulden aufgenommen werden.

Allein 11 Millionen Euro haben die Fraktionen dabei für das kommunale Ganztagsschulprogramm, den Wissenschaftsbereich und die Finanzierung der Klimaschutz-Agentur Energiekonsens an anderer Stelle freigeschaufelt. Das nötige Geld stammt unter anderem aus einer fünfprozentigen Kürzung der Mittel für Dienstreisen und allgemeinen Geschäftsbedarf. Außerdem werden drei Millionen Euro Überschuss aus den 2013 aufgelaufenen Hafengebühren, sowie knapp fünf Millionen durch einen Abschlag bei den geplanten Zinsabgaben, für die durch die Niedrigzinsphase geringere Ausgaben prognostiziert werden, umgesteuert. Zudem - und diese Entscheidung ist beiden Fraktionen

durchaus schwer gefallen - werden die Impulsmittel für die Stadt Bremen für die nächsten beiden Jahre auf Null gesetzt, wodurch insgesamt 1,9 Millionen Euro frei werden, um sie für den Ganztagschulausbau zu bündeln. Auch die Finanzierung der Beratungsstellen und die Rücknahme der geplanten Kürzungen bei den Senioren-Begegnungsstätten wurden durch Umschichtungen und Einsparungen an anderer Stelle ermöglicht.

Konkrete Informationen zu den Ergebnissen der und Schwerpunkten der Haushaltsberatungen finden sich auf den nächsten Seiten.

## NEUE GANZTAGSGRUNDSCHULEN: SIEBEN AUF EINEN STREICH

In den Haushaltseckwerten des Senats war eine deutliche Drosselung des Ganztagschulenausbaus vorgesehen. Diese Bremse haben die Fraktionen von SPD und Grünen nun in den Haushaltsberatungen gelöst: Statt nur einer, sollen in den nächsten zwei Jahren gleich sieben neue Ganztagsschulen an den Start gehen.

Wichtig war den Koalitionsfraktionen dabei, dass der Ausbau nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen soll: „Eine erfolgreiche Einführung eines Ganztagsangebotes kann nur dann gelingen, wenn die Schulen hierzu ihre Bereitschaft erklärt haben, das war sowohl für unsere als auch die Seite der Grünen eine Grundvoraussetzung“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe.

Aus den Schulen, die den entsprechenden Bedarf angemeldet haben, wurden daraufhin vier offene und eine gebundene Ganztagschule ausschließlich nach der Sozialindikatoren-Rangfolge ermittelt. „Bildung ist aktive Armutsbekämpfung - gerade deshalb war es richtig insbesondere in den Stadtteilen den Ausbau der Ganztagsangebote fortzusetzen, die als besonders benachteiligt gelten“, betont der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör.

Konkret: Bei den zukünftig offenen Ganztagsgrundschulen Delfter Straße (Huchting), Witzlebenstraße (Vahr), Rechtenfletherstraße (Woltmershausen) und In der Vahr (Vahr) handelt es sich um Standorte in einem besonders schwierigen sozialen Umfeld. Das Gleiche gilt für die zukünftige gebundene Ganztags-

grundschule Pastorenweg (Gröpelingen). „Damit sorgen wir genau dort für neue Angebote, wo sie am dringendsten gebraucht werden“, so Güngör. Darüber hinaus wird es ein weiteres neues Ganztagsangebot im Nord-Osten Bremens eingerichtet: Dort gibt es an der Borgfelder Grundschule bereits seit 2012 ein offenes Ganztagsangebot – als Dependance der Schule Am Saatland. Diese Konstruktion hat allerdings zu Schwierigkeiten im Schulalltag geführt, die nun mit einem verhältnismäßig geringen Mitteleinsatz aufgelöst werden. Außerdem erhält die Schule Staderstraße ein „Upgrade“: Das dort von mehr als Dreiviertel der Schülerinnen und Schüler genutzte offene Ganztagsangebot wird zu einer gebundenen Ganztagschule weiterentwickelt. „Wir lösen dadurch die Raum- und Ausbauproblematik an dieser Schule und eröffnen erstmals den Weg einer solchen Weiterentwicklung – beides sind gute Gründe für diese Entscheidung“, so Güngör.

Insgesamt stehen für diese Weiterentwicklung und den Ausbau der Ganztagschulen in den Jahren 2014/15 Investitionsmittel in Höhe von insgesamt 4,4 Millionen Euro sowie und die erforderlichen konsumtiven Mittel bereit.

Investiert wird allerdings nicht nur in Gebäude und Ausstattung: In den Haushaltsentwürfen des Senats für 2014 und 2015 sind bereits spürbare Verbesserungen für den Bildungsbereich enthalten. Um die Unterrichtsversorgung darüber hinaus zu stärken werden nun gegenüber der vorherigen Planung 90 weitere Stellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen. Außerdem werden gut 100 weitere Stellen verstetigt, die in den Vorjahren mit Projekten der Schulreform geschaffen wurden. Auch die Anzahl der Vertretungskräfte wird von 22 auf 55 Stellen erhöht, damit beispielsweise langfristige Erkrankungen oder Elternzeiten von Lehrkräften besser abgedeckt werden können. Dafür sind zusätzlich eine Million Euro veranschlagt worden. Außerdem sind in den Entwürfen zusätzliche Mittel für das in diesem Jahr startende Ganztagschulangebot in der Schule am Pfläzler Weg (Osterholz) vorgesehen.

„Wir sorgen mit diesem Gesamtpaket für eine bessere Förderung gerade der Kinder aus benachteiligten Stadtteilen. Das ist insbesondere angesichts der Haushaltslage ein klarer Erfolg“, so Mustafa Güngör.



Mustafa Güngör, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Die Fraktionen haben sich klar positioniert: Bildung bleibt der Schwerpunkt dieser Koalition. Die jetzt beschlossene Fortsetzung des Ganztagschulenausbaus ist dabei folgerichtig – auch als Reaktion auf den jüngsten Grundschul-Ländervergleich.“



Foto: HS Bremen

## VON DER GRUND- BIS ZUR HOCHSCHULE

### INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

Foto: Stefan Skiba

## DIE QUALITÄT DER LEHRE MUSS KÜNFTIG IM MITTELPUNKT STEHEN

Trotz angespannter Haushaltslage hat der Senat bereits in seinen Haushaltsentwürfen einen deutlichen Schwerpunkt auf den Wissenschaftsbereich gelegt. Die Fraktionen von SPD und Grünen sind in ihren Beratungen nun noch einen Schritt weitergegangen: Mit einer sogenannten „Wissenschaftsbrücke“ sollen an den Bremer und Bremerhavener Hochschulen etwa 40 Stellen gesichert werden - und zwar genau dort, wo sie die Qualität der Lehre verbessern.



Elias Tsartilidis, wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Gute Lehre! Das muss in Zukunft unser wissenschaftspolitisches Kernthema sein. Die ‚Wissenschaftsbrücke‘ darf dabei nur ein erster Schritt sein, um auf die akute Überlastungssituation an Bremens Hochschulen zu reagieren.“

Der Senat hatte vorgelegt: In den Haushaltsentwürfen ist bereits neben der sicheren Finanzierung des Hochschulpaktes, dem jährlichen Aufwuchs von fünf Prozent für die wissenschaftlichen Institute auch der bremische Anteil zur Finanzierung der Uni-Exzellenzinitiative in Höhe von 6,5 Millionen Euro enthalten. Außerdem sind die notwendigen Mittel für die Sanierung des AB-Traktes an der Hochschule Bremen und dem Neubau des NW2-Gebäudes an der Universität fest eingeplant.

„Jetzt muss es uns darum gehen, die Qualität der Lehre zu sichern und zu verbessern. Das ist - angesichts der Haushaltslage - kein leichtes Unterfangen“, sagt der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Elias Tsartilidis. Für ihn ist dabei klar: „Der Bund muss sich künftig dauerhaft und verlässlich an der Hochschulfinanzierung beteiligen.“ Das genau dies auch im Koalitionsvertrag von SPD

und CDU vorgesehen ist, wertet er als gutes Zeichen: „Es ist gut, dass auch auf Bundesebene das Bewusstsein dafür gewachsen ist, dass die Länder Unterstützung brauchen. Bis diese Mittel fließen, sorgen wir jetzt mit einer sogenannten ‚Wissenschaftsbrücke‘ für eine Übergangsfinanzierung“, sagt Tsartilidis.

Damit nehmen die Fraktionen die bisher in den Haushaltsentwürfen vorgesehenen Stellenkürzungen zum Teil zurück: „Gegenüber dem bisherigen Haushaltsansatz werden die Mittel um insgesamt 4,8 Millionen Euro aufgestockt. Mit dem Geld dieser von uns so genannten ‚Wissenschaftsbrücke‘ sollen an den Hochschulen rund 40 Vollzeitstellen weiter finanziert werden. Und zwar dort, wo sie am nötigsten sind nämlich ausschließlich im akademischen Mittelbau um die Qualität der Lehre zu verbessern“, sagt Tsartilidis.

Der Sozialdemokrat macht dabei klar: „Der Wissenschaftsrat hat die Hochschulen im Land Bremen jüngst als sehr leistungsfähig bewertet. Darauf dürfen wir uns allerdings keinesfalls ausruhen - denn parallel dazu haben wir klare Empfehlungen zur Weiterentwicklung bekommen, die jetzt mit den Hochschulen besprochen werden müssen.“ Eindeutig im Mittelpunkt stehe dabei die Qualität der Lehre: „Dieser Bereich muss auch bei der Erarbeitung des Wissenschaftsplans 2020 eine zentrale Rolle spielen. Und klar ist auch: Unsere ‚Wissenschaftsbrücke‘ ist nur ein erster Schritt, um die akute Überlastungssituation der Hochschulen anzugehen. Letztlich ist eine dauerhafte und deutliche Unterstützung des Bundes bei der Hochschulfinanzierung unerlässlich.“



## BERATUNGS- UND HILFSANGEBOTE

### FINANZIERUNG WEITERHIN SICHERGESTELLT

Foto: S. Hofschlaeger / pixelio.de

## KEIN SPAREN AM FALSCHEN ENDE: FÖRDERUNG WIRD ERHALTEN UND TEILS AUFGESTOCKT

Es war besonders ein Sparvorschlag, der in den Reihen der SPD-Fraktion für Widerstand sorgte: Die komplette Förderung des Rat & Tat-Zentrums für Schwule und Lesben in Höhe von bisher 152.000 Euro sollte gestrichen werden. So sahen es die Planungen des zuständigen Ressorts vor – die jetzt allerdings vom Tisch sind.

„Angesichts der Tatsache, dass viele Schwule und Lesben nach wie vor Opfer von verbaler oder sogar körperlicher Gewalt werden und Vorurteile gegen Homosexuelle auch heute noch weit verbreitet sind, wäre die ursprünglich vorgesehene Streichung der Mittel ein völlig falsches Signal gewesen“, betont der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe.

In den gemeinsamen Haushaltsberatungen stellen die Fraktionen von SPD und Grünen daher sicher, dass das Rat & Tat Zentrum weiterhin mit öffentlichen Zuschüssen in Höhe von 152.000 Euro rechnen kann. „Es war und bleibt uns wichtig, die wertvolle Arbeit dieser Einrichtung sowohl in der Aids-Beratung, als auch bei der Aufklärung an Schulen, bei der Coming-Out-Betreuung und bei der Bekämpfung von Homophobie zu unterstützen.“

Auch darüber hinaus bekennen sich die beiden Koalitionsfraktionen zu der wichtigen Arbeit der Beratungsstellen und haben daher in den Haushaltsberatungen für eine verlässliche Förderung gesorgt und diese zum Teil zusätzlich aufgestockt. Die Veränderungen an den ursprünglichen Haushaltsentwürfen im Einzelnen:

- Der **Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen** sollte ursprünglich auf das Förderniveau von 2011 zurückgeführt werden und nur noch 128.000 Euro erhalten. Diesen Entwurf haben die Fraktionen von SPD und Grünen nun korrigiert: Die Förderung wird stattdessen um 30.000 Euro auf insgesamt 158.000 Euro aufgestockt.
- Eine Aufstockung der Fördermittel erhält auch die **Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel und Prostitution**. Sie erhält insgesamt 21.000 Euro mehr, um ihr wichtiges Beratungsangebot ausweiten zu können.
- Auch der **Frauengesundheitstreff Tenever** muss entgegen der bisherigen Entwürfe keine Kürzung des bisherigen Zuschusses von 120.000 Euro jährlich hinnehmen. Die Einrichtung wird nicht 10.000 Euro weniger, sondern im Gegenteil mit 125.000 Euro im Jahr sogar geringfügig mehr Mittel erhalten.
- Um 19.000 Euro aufgestockt wird zudem die **Beratungsstelle „Neue Wege“**. Die Arbeit dort richtet sich einerseits an Frauen, die Opfer von Beziehungsgewalt geworden sind und andererseits an Männer, die als Täter in Erscheinung getreten sind und nun unter anderem durch Beratung und Therapie von erneuter Gewalt abgehalten werden sollen. Mit der zusätzlichen Förderung soll die Wartezeit für diese Angebote verkürzt werden.
- Ebenfalls zusätzliche Mittel wird der **Gesundheitstreffpunkt West** erhalten. Bei der Arbeit dieser Einrichtung steht die gesundheitliche Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Wohnquartiere im Mittelpunkt – von der Suchtprävention über den Bereich Familiengesundheit bis hin zur Gesundheitsförderung älterer Menschen. Um diese Arbeit sicherzustellen soll der jährliche Zuschuss jetzt um 10.000 Euro auf 112.260 Euro angehoben werden.
- Mehr Geld - nämlich insgesamt 30.000 Euro jährlich erhält zudem das **Mädchenhaus**, unter dessen Dach verschiedenste Angebote - von Wohnangeboten über offene Mädchenarbeit bis hin zu Kinder- und Jugendnotdienst - zusammengefasst sind. Darüber hinaus wird für die finanzielle Unterstützung der **Bremer Frauenhäuser** eine Haushaltsstelle mit 20.000 Euro eingerichtet.
- Das Projekt **Aufsuchende Altenarbeit**, das dazu beiträgt, alten Menschen ein möglichst langes, selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, soll weiter verstetigt werden. In Hemelingen und Obervieland ist das Projekt mittlerweile ein fester Bestandteil der Betreuungslandschaft. Nun wird es zunächst auf Gröpelingen und später auf Blumenthal ausgeweitet. Dafür werden in den kommenden beiden Jahren 200.000 Euro zur Verfügung gestellt.

## BEGEGNUNGSSTÄTTEN: KÜRZUNG IST VOM TISCH!

Schon als das Sozialressort mit der Idee, die Förderung der 28 Bremer Begegnungsstätten um insgesamt 61.000 Euro in den nächsten beiden Jahren zu kürzen erstmals in die Öffentlichkeit ging, trat die SPD-Fraktion auf die Bremse: „Die Arbeit dieser Einrichtungen ist fraktionsübergreifend und gesellschaftlich anerkannt. Die geplanten Kürzungen wären für diejenigen, die dort mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit viel für das Gemeinwohl tun, ein Schlag ins Gesicht“, lautete der erste Kommentar des sozialpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Klaus Möhle. Nach den Haushaltsberatungen der Fraktionen hat sich das Thema nun endgültig erledigt: „Die Koalition hat den Kürzungsabsichten eine klare Absage erteilt - und das ist gut so. Damit haben wir jetzt eine gute Basis, um die Altenarbeit sowie die Angebote der Begegnungsstätten fit für die Zukunft zu machen und gemeinsam weiterzuentwickeln“, so Möhle.



**Sybille Bösch, Sprecherin der SPD-Fraktion für Gleichstellungspolitik:** „Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt, sexuellem Missbrauch oder Zwangsprostitution geworden sind, brauchen schnelle und wirksame Hilfe. Es ist daher nur folgerichtig, dass beide Koalitionsfraktionen in den Haushaltsberatungen jetzt noch einmal deutlich gemacht haben, dass sie eine auskömmliche Finanzierung der entsprechenden Unterstützungsangebote erwarten.“



**Arno Gottschalk, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion:** „Um Zukunftsfähigkeit zu erlangen, müssen vor allem die Herausforderungen von Klimaschutz, Klimawandel und sparsamen Ressourceneinsatz aktiv angegangen werden. Bremen kann dadurch nur profitieren: Einerseits durch geringere Energie-Kosten und andererseits durch neue wirtschaftliche Chancen beispielsweise im Windenergiesektor.“

## ENERGIESPAREN & ENERGIEEFFIZIENZ: KONKRETER KLIMASCHUTZ

**Energiesparen und Energie-Effizienz – beides sind Schlüsselbegriffe, um die Energiekosten niedrig zu halten und etwas für den Klimaschutz zu tun.**

Schon in den Haushaltsentwürfen des Senats sind daher über das Gebäudesanierungsprogramm hinaus 2 Millionen Euro zusätzlich eingestellt worden, um damit unter anderem durch die Anschaffung von energiesparenden Küchengeräten und verbrauchsärmerer Beleuchtung den Energieverbrauch in öffentlichen Einrichtungen zu senken. Darüber hinaus haben die Fraktionen von SPD und Grünen in den Haushaltsberatungen beschlossen, die Klimaschutz-Agentur Energiekonsens ab 2015 jährlich mit einer Million Euro zu fördern.

„Durch die Rekommunalisierung der Netze werden die bisherigen Zahlungen des Bremer Stromversorgers an den Bremer Energiekonsens voraussichtlich wegfallen. Mit unserem Beschluss stellen wir daher schon im Voraus sicher, dass dieses Angebot aufrechterhalten wird“, betont der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk.

Ziel der gemeinnützigen Klimaschutzagentur ist es, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Land Bremen und den Regionen Elbe-Weser und Weser-Ems zu senken, indem Energie möglichst effizient und klimafreundlich genutzt wird. Dabei berät und unterstützt die Agentur unter anderem private oder gewerbliche Bauherren und sorgt auch für die fachliche Begleitung beim Energiespar-Contracting für öffentliche Gebäude. „Energiesparen und Energieeffizienz bleiben definitiv auch in Zukunft ein wichtiges Themen - gerade für die öffentlichen Haushalte, die nicht nur wegen des zunehmenden finanziellen Drucks, sondern vor allem auch um ihre Klimaschutzziele zu erreichen, auf einen sparsameren Umgang mit Energie angewiesen sind.“ Genau dafür sei die Klimaschutzagentur Energiekonsens ein wirksames Instrument, betont Gottschalk und ergänzt: „Letztlich müssen wir alle gemeinsam weiter an der Energiewende arbeiten, weil sie auch ein Bremer Thema ist. Das fängt bei Konzepten für einen sparsameren Energieverbrauch an und endet dabei, Bremen und Bremerhaven als Standorte für alternative Energieerzeugung weiter zu stärken.“



„WER POLITISCH GESTALTEN WILL,

MUSS SICH DIE SPIELRÄUME DAFÜR SCHAFFEN“

| ROTHEUTE IM GESPRÄCH |

Foto: Thorben Wengert / pixelio.de

**Auch wenn es der Mann von Schlagersängerin Johanna von Koczan offenbar anders sieht: Das bisschen Haushalt macht sich nicht von allein. Seit Anfang des Jahres haben sich zunächst der Senat, jetzt die Fraktionen von SPD und Grünen den Kopf darüber zerbrochen, welche Schwerpunkte mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gesetzt werden können, ohne die Verschuldung Bremens weiter in die Höhe zu treiben. Über die Haushaltsberatungen und die künftigen Herausforderungen sprachen wir mit dem Haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Max Liess.**

#### Was ist für Dich das besondere an den diesjährigen Haushaltsberatungen?

Es sind vor allem zwei Dinge: Einerseits haben wir dieses Mal eine deutliche Schwerpunktsetzung vorgenommen, in dem wir die durch den Senat vorgesehene Erhöhung des Bildungsetats noch einmal um den Ausbau von sieben Ganztagschulen ergänzt und eine deutliche Unterstützung für den Wissenschaftsbereich organisiert haben. Andererseits gab es auch ein Novum: Um diese Schwerpunktsetzung zu finanzieren, haben wir uns entschlossen, im Gegenzug zwei Jahre lang auf die Impulsmittel, mit denen in den Stadtteilen in Projekte für Kinder und Jugendliche investiert wird, zu verzichten. Das ist uns nicht leicht gefallen - aber ohne diese Mittelbündelung, wäre der Ganztagschulenausbau nicht möglich gewesen.

#### Aber hätte man stattdessen nicht einfach die erforderlichen Mittel aus dem so genannten „Sicherheitsabstand“ nehmen können?

Genau das fordert die Linke immer wieder für verschiedenste Maßnahmen, Projekte und wünschenswerte Wohltaten. Das Problem ist allerdings, dass auch deren Haushaltspolitiker wissen, dass der Sicherheitsabstand schon bis 2016 auf nur noch knapp 30 Millionen Euro abschmilzt. Das bedeutet: Wenn wir jetzt etwas aus diesem Puffer nehmen, sinkt der Abstand zur Neuverschuldungsgrenze noch schneller. Wenn dann allerdings tatsächlich unvorhergesehene Lasten auf uns zukommen, wird die Situation brenzlig.

#### Wann könnte das der Fall sein?

Beispielsweise wird sich erst im nächsten Jahr herausstellen, ob unser Konzept zur Sanierung der Gesundheit Nord samt der dabei zur Verfügung gestellten Mittel vollständig greift. Wir hoffen das! Gleichzeitig widerstreben wir genau deswegen der Versuchung, einfach in den Sicherheitsabstand zu greifen, weil wir für den „Fall der Fälle“ gewappnet bleiben wollen.

#### Aber nicht nur der Linken - auch der CDU schmeckt die Haushaltsplanung nicht...

Ja, von den Christdemokraten kommen so grandiose Ideen, wie das Streichen des

kostenlosen Mittagessens in den Kitas, Horten und Schulen für Kinder aus finanzschwachen Familien und sie wollen das Stadtticket wieder abschaffen. Konkret geht es der CDU offenbar also darum, dort radikal zu kürzen, wo die Betroffenheit am größten, aber das Protestpotenzial meist gering ist - nämlich bei den Menschen, die schon jetzt kaum etwas haben.

Auf der anderen Seite fordern die Bremer Christdemokraten andauernd weitere Ausgaben - ohne eine auch nur ansatzweise ausreichende Gegenfinanzierung parat zu haben.

#### Zurück zu den Haushaltsberatungen: Wie kam es, dass die Koalition den eigentlich auf Eis gelegten Ganztagschulenausbau jetzt mit gleich sieben weiteren Ganztagsgrundschulen wieder aufnehmen will? Herrscht plötzlich eine neue Einsicht bei den Koalitionsfraktionen?

Letzteres sicherlich auch - denn natürlich sehen wir alle in dem neuerlich schlechten Abschneiden beim Bildungvergleich auch eine Handlungsaufforderung. Darüber hinaus gab es allerdings auch einen ganz eindeutigen, einstimmig gefassten Parteitagbeschluss der Bremer SPD. Darin wurde ganz klar eine Fortsetzung des Ganztagschulenausbaus gefordert. Wir als Fraktion haben daraufhin nach Möglichkeiten gesucht, wie wir das auch finanziell umsetzen können - und konnten dabei auch die grüne Fraktion als Partner gewinnen.

#### Von Kritikern wird der jetzt beschlossene Ganztagschulenausbau allerdings als viel zu halbherzig oder wahlweise als viel zu überstürzt bemängelt...

Ja, tatsächlich kritisieren einige, dass wir insbesondere die offenen Ganztagsangebote ausbauen, wo doch gebundene Ganztagschulen viel sinnvoller wären. Wenn die Kritiker uns dabei auch noch erklären könnten, wie wir einen über unsere Planung hinausgehenden Ausbau des gebundenen Modells finanzieren sollen, hätten sie uns sofort an ihrer Seite. Konkret: Das gebundene Ganztagschulen die bessere Schulform sind, ist klar - aber sie sind eben auch die teurere, und dieser Tatsache müssen wir uns angesichts der Haushaltslage schlicht stellen. Was nun auf der anderen Seite diejenigen angeht, die meinen, wir würden die Schulen durch einen viel zu schnellen Ganztagsausbau überfordern: Genau das tun wir nicht. Den Schulen bleibt genug Zeit, sich vorzubereiten.

#### Um Schwerpunkte umzusetzen, haben die Koalitionsfraktionen insgesamt 11 Millionen Euro umgeschichtet und gebündelt. Das klingt nicht eben nach viel, wenn man das im Verhältnis zu Bremens Gesamthaushalt in Höhe von etwa 4,3 Milliarden Euro jährlich sieht ...

Tatsache ist, dass der allergrößte Teil dieser 4,3 Milliarden Euro zu einem hohen Grad gebunden ist: Seien es die Hafenunterhaltung, die Ausgaben für Personal, die Zinszahlungen für unsere Kredite oder die Sozialleistungen - das alles sind verpflichtende Ausgaben, an denen nicht zu rütteln ist. Dadurch ist der politische Gestaltungsspielraum tatsächlich sehr eingeschränkt. Dennoch ist es uns eben wichtig, Schwerpunkte zu setzen. Dazu gehört angesichts der Haushaltslage auch, sich zu trauen, bestimmte andere Dinge eben nicht mehr zu machen. Wir haben grob gesagt einen Topf der rund 290 Millionen Euro umfasst. Darin befinden sich die Gelder, die die sogenannten „Zuwendungsempfänger“ erhalten. Also diejenigen, die von der Stadt beauftragt sind, bestimmte

Aufgaben zu erledigen. Das können die Kitas sein, das können aber auch Bereiche der Wirtschaftsförderung oder die Förderung von Schulausflügen sein. All das und einiges mehr wird mit Mitteln finanziert, die nicht gebunden sind - also im Prinzip frei verfügbar wären. Wenn man jetzt mit diesem Geld tatsächlich andere Schwerpunkte setzen will, tritt man zwangsläufig anderen auf die Füße, weil man ihnen diese Mittel wegnimmt.

#### Jetzt hat sich die Koalition entschieden, den Stadtteilen auf die Füße zu treten, indem das Impulsmittelprogramm für zwei Jahre auf null gesetzt wird ...

Ja, das ist richtig, da müssen wir gar nicht drum herum reden. Klar ist aber auch: Wir werden in absehbarer Zeit in die Situation kommen, dass wir auch andernorts, wo Geld unumstritten auch sinnvoll eingesetzt wird, umverteilen müssen. Schlicht, um die zur Verfügung stehenden Mittel noch sinnvoller, zielgerichteter und an klaren Schwerpunkten ausgerichtet einzusetzen. Darüber hinaus müssen wir zukünftig noch stärker überlegen, wo und wie wir Dinge kostengünstiger organisieren können.

#### Das heißt konkret?

Wenn wir beispielsweise dafür sorgen, dass sich in unseren Städten nicht konkurrierende Träger um dieselbe Aufgabe kümmern, wie das bislang in manchen Bereichen der Fall ist, könnte sich beispielsweise Geld einsparen lassen, um es andernorts zielgerichtet einzusetzen. Ähnlich sieht es mit Investitionen in die Energie-Effizienz aus: Auch dadurch wird mittelfristig Geld gespart und somit frei. Ähnliches ist auch im Bereich EDV und Software möglich ...

#### Inwiefern?

Ein Beispiel: Um die Schwerpunkte, die wir jetzt gesetzt haben, zu finanzieren, haben wir auch dem Bereich „Geschäftsausstattung und Dienstreisen“ in der Verwaltung rund 800.000 pro Jahr abgeknipst. Das entspricht einer Kürzung von fünf Prozent. Statistisch könnte man also sagen: In Zukunft darf jede 20. Dienstreise nicht mehr stattfinden, was definitiv noch relativ gut umsetzbar ist. Aber wir müssen künftig auch überlegen, ob die übrigen 19 Reisen wirklich sein müssen, oder nicht vermehrt auch auf technische Möglichkeiten wie etwa Videokonferenzen zurückgegriffen werden kann. Politisch gestalten zu wollen bedeutet eben auch, sich der Herausforderung zu stellen, sich bei abnehmenden Mitteln jedes Mal aufs Neue Spielräume zu erobern. Dabei ist allerdings klar: Mal eben einen hohen zweistelligen Millionenbetrag irgendwo loseisen, um ihn andernorts einzusetzen - das wird nicht mehr hinzubekommen sein. Auch vor diesem Hintergrund ist die jetzt erreichte Umsteuerung von 11 Millionen Euro für die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Beratungsstellen ein großer politischer Erfolg.



MAX LIESS  
HAUSHALTPOLITISCHER SPRECHER  
DER SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION

## FÜRSPRECHER FÜR PATIENTENSORGEN

2012 wurde durch Rot-Grün ein neues Krankenhausgesetz eingeführt, das auch die Patientenrechte stärkt. Vorgesehen sind darin unter anderem auch Patientenfürsprecher für jedes Krankenhaus. Ihre Aufgabe: Sie vertreten ehrenamtlich, neutral und unabhängig die Interessen von Patienten und ihren Angehörigen. Aber wie sehen die ersten Erfahrungen derjenigen aus, die sich dafür engagieren? Genau das hat die SPD-Fraktion nun bei Fürsprechern nachgefragt.

Deren Einschätzung waren äußerst positiv: So werde ihre Arbeit immer mehr angenommen, erklärten die Patientenfürsprecher, die sich inzwischen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Trotz des positiven Zwischenfazit müsse allerdings an manchen Stellen noch nachjustiert werden, betonte die Sprecherin dieser AG, Sonja Schenk. Sie mahnte vor allem bessere Fortbildungs- und Informationsmöglichkeiten für sich und ihre KollegInnen an. Darüber hinaus müssten zudem noch datenschutzrechtliche Fragen abgeklärt werden. „Wir werden diese Kritik aufnehmen und nach gemeinsamen Lösungen suchen“, versprach daraufhin der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Winfried Brumma.



Die Bremer PatientenfürsprecherInnen berichten über ihre „noch junge“ Arbeit.

Ein weiteres Thema waren zudem die teils nicht abschließend geregelten Aufgaben und Kompetenzen der ehrenamtlichen Fürsprecher. Winfried Brumma erwiderte daraufhin, das darin auch eine Chance bestehen könne: „Dieser Freiraum lässt sich auch nutzen, denn dadurch müssen Sie sich nicht immer im Detail nach Verordnungen richten.“ Gleichwohl kündigte er an, auch über dieses Thema in zukünftig regelmäßigen Gesprächsrunden gemeinsam mit den Fürsprechern weiter diskutieren zu wollen: „Gerade Sie als Pioniere in dieser ehrenamtlichen Tätigkeit können uns helfen, die Aufgabe der Patientenfürsprecher mit Leben zu füllen.“



## ABSCHLUSS-QUALIFIZIERUNG FÖRDERN JUGENDBERUFSAGENTUR EINRICHTEN

Im nächsten Bremer Doppelhaushalt sind nach vielen Jahren erstmals wieder Landesmittel für die Arbeitsmarktförderung veranschlagt, weil für die nächste EU-Förderperiode deutliche Kürzungen der ESF-Zuweisungen um bis zu 30 Prozent zu erwarten sind. Die Mittel aus dem Bremer Haushalt können den Ausfall der EU-Förderung zwar nicht kompensieren, sind aber für das Haushaltsnotlageland Bremen ein sehr deutliches Bekenntnis zu seiner arbeitsmarktpolitischen Verantwortung. Dabei soll und muss die Arbeitsförderung angesichts des knapper werdenden Budgets noch konsequenter als bislang auf die Armutsbekämpfung durch die Integration in Arbeit ausgerichtet werden.

Genau das sieht ein von der SPD-Fraktion angestoßener Antrag der Koalition vor. „Ziel der künftigen Arbeitsmarktpolitik muss vor allem sein, Langzeitarbeitslosen die Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und zu verhindern, dass Menschen dauerhaft arbeitslos werden“, betont der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Dieter Reinken. Von besonderer Bedeutung seien dabei arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – und insbesondere abschlussbezogene Qualifizierungsangebote –, die die Betroffenen direkt erreichen. „Dieses Ziel kann unter

Umständen nur schrittweise erreicht werden und erfordert für besonders arbeitsmarktferne Menschen auch arbeitsmarktpolitische Interventionen, die sozialintegrativ ausgerichtet sind“, so Reinken weiter.

Um insbesondere jungen Frauen und Männern, alleinerziehenden Eltern, Menschen mit Migrationshintergrund und älteren Menschen Wege zurück in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, gelte es auch, die bisherige Praxis zu überprüfen.

„Konzeptentwicklungen dürfen nur noch gefördert werden, wenn sie – innerhalb einer Maßnahme – unmittelbar den arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen zugutekommen. Zudem muss die Beratungslandschaft übersichtlicher werden: Wir können und wollen uns keine Doppel- und Mehrfachstrukturen mehr bei den arbeitsmarktpolitischen Angeboten der Beratungsstellen, Beschäftigungs- und Bildungsträger leisten. Bei allen Maßnahmen soll eine klare Arbeitsmarktorientierung im Fokus stehen“, betont Reinken. Insbesondere im Bereich von Projekten der sozialen Stadtentwicklung gelte es daher, die Förderketten für arbeitslose Menschen systematisch zu planen und auf Nachhaltigkeit im Sinne persönlicher Erwerbsperspektiven auszurichten.



Dieter Reinken, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Diese Ziele vor Augen hat die Koalition parallel zu den Haushaltsberatungen 2014/2015 eine parlamentarische Initiative verabschiedet, die den Senat auffordert, die Landesmittel für die bremische Arbeitsförderung zur Armutsbekämpfung zu nutzen. „Dazu sollen nicht nur die vorhandenen Maßnahmen überprüft, sondern auch neue entwickelt werden. Einen Schwerpunkt sollen dabei Angebote bilden, die unter 35-Jährigen dabei unterstützen, einen Berufsabschluss zu erlangen“, so der SPD-Arbeitsmarktpolitiker. Konkret sollen zum Beispiel für alle Jugendlichen Zugänge zu Ausbildung und Arbeit im Sinne der EU-Forderung einer „Jugendgarantie“ gesichert werden. „Um das zu erreichen, soll unverzüglich die Einrichtung von ‚Jugendberufsagenturen‘ geprüft werden, in denen die vielzähligen An-

gebote der bestehenden Beratungseinrichtungen gebündelt werden“, sagt Reinken.

Ein Ziel dabei sei unter anderem, ‚Warteschleifen‘ beim Übergang aus dem allgemeinbildenden Schulsystem in die berufliche Bildung zu vermeiden. Darüber hinaus soll es Studienabbrechern leichter gemacht werden, ihre bereits nachgewiesenen Qualifikationen in einer dualen Berufsausbildung auch formal anerkennen zu lassen, um so ihre betrieblichen Ausbildungszeiten zu reduzieren. „Auch dafür erwarten wir die Entwicklung entsprechender Vorschläge durch den Senat“, betont Reinken.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Neuausrichtung der Arbeitsförderung soll außerdem die Weiterentwicklung von Angeboten abschlussbezogener Qualifizierungen auch für Un- und Angelernte sein. „Fakt ist: Wir müssen im Interesse der Betroffenen noch zielgerichteter vorgehen - dazu gehört auch die öffentlich geförderte Beschäftigung ohne Abstriche an ihren arbeitsmarktpolitischen Zielen so weit wie möglich mit den Programmen für die sozial benachteiligten Stadtteile zu verzahnen.“

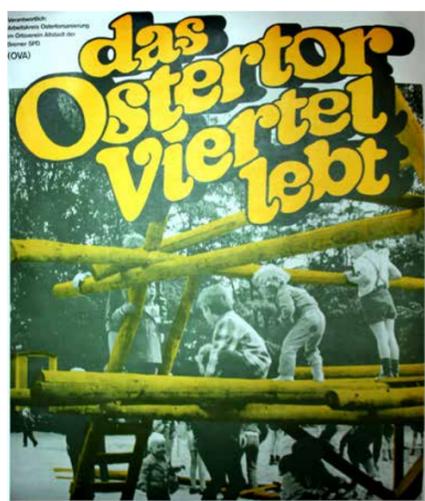
>Antrag: Mehr qualifizierte Abschlüsse – Arbeitsförderung konsequent auf Armutsbekämpfung ausrichten  
<http://tinyurl.com/arbeit-foerderung>

## EIN SCHRECKEN MIT ENDE: DAS AUS FÜR DIE MOZARTTRASSEN-PLANUNG VOR 40 JAHREN

Eine 120 Meter breite Schneise mitten durchs Viertel mit Anschlüssen zum Rembertikreisel auf der einen Seite und zu einer neuen Brücke in die Neustadt auf der anderen Flussseite - und das ganze gesäumt von Hochhäusern mit bis zu 28 Stockwerken: Aus heutiger Sicht klingt die Planung für die Mozarttrasse abenteuerlich.

Unter der Überschrift „Zukunftsvision oder Trassenwahn?“ erinnerte die SPD-Fraktion jetzt an das jähe Ende dieses stadtplanerischen und politischen Abenteuers am 4. Dezember 1973. Der Ort für die Veranstaltung zum Jahrestag war mit Bedacht gewählt: Man traf sich im Paulskloster - dem festen Treffpunkt der damaligen Mozarttrassen-Gegner. Und von letzteren hatten sich nun noch einmal viele in die kleine Viertel-Kneipe begeben.

„Gerade weil sie am Ende nicht gebaut wurde,



Mit Plakaten wie diesem machte der SPD-Ortsverein Altstadt damals Druck gegen den „Trassenwahn“.

hat sie uns weitergebracht - denn letztlich ist mit diesem gescheiterten Mammutprojekt auch eine politische Zäsur verbunden“, betonte dort der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. „Für die Trasse setzten sich der SPD-Senat und die Neue Heimat ein, gegen die Trasse kämpften vor allem der SPD-Ortsverein Altstadt, dem wir dafür heute noch zu Dank verpflichtet sind - genauso wie der Bevölkerung, die das Bauvorhaben mit überwältigenden 95 Prozent ablehnte.“

Nach hitzigen Debatten und einem zunächst hauchdünnen positivem Votum der SPD-Fraktion am 4. Dezember 1973, wurde die Mozarttrassen-Planung damals nur einen Tag später zu Grabe getragen: Die Fraktion folgte letztlich dem Druck des Ortsvereins, der Basis und der Bürger, nahm ihren Beschluss einstimmig, bei 11 Enthaltungen zurück - und rettet so eines

der heute beliebtesten (und teuersten) Wohnquartiere Bremens.

„Die Geschichte der patriarchalisch geführten Bremer Nachkriegs-SPD war damit zu Ende, die „Demokratisierung von unten“ war Beleg für ein verändertes Politikempfinden: ‚Mehr Demokratie wagen‘ - Willy Brandts berühmter Satz wurde bei der Kontroverse um die Mozarttrasse - übrigens ähnlich wie schon wenige Jahre zuvor bei den ‚Bremer Straßenbahnunruhen‘ - mit Leben gefüllt“, lautete Tschöpes Analyse, bevor unter den Anwesenden - darunter mit Klaus Wedemeier, Konrad Kunick, Manfred Fluss, Herbert Brückner und Günther Czichon auch viele weitere damalige Bürgerschafts-abgeordnete - selbst 40 Jahre danach noch einmal eine lebendige „Trassendiskussion“ entbrannte.



## ICH BIN DER MEINUNG, DASS...

„... sich an den hohen Sicherheitskosten von Fußballspielen auch diejenigen beteiligen müssen, die daran Millionen verdienen.“

Sükrü Senkal,  
innenpolitischer Sprecher  
der SPD-Fraktion

[WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE](http://WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE)

## POLIZEIEINSÄTZE BEI FUSSBALLSPIELEN: LIGA-VERBAND SOLL SICH AN KOSTEN BETEILIGEN

Fußball ist für viele mehr als „nur“ die schönste Nebensache der Welt: Jedes Wochenende zieht es zehntausende Fans in die Stadien – mit ihren Teams. Aber Fußball ist eben auch ein Geschäft und letztlich nicht nur was Fernsehvermarktungsrechte, Spielergehälter und Eintrittskarten angeht ein teures Vergnügen – auch für die Allgemeinheit: Allein in Bremen waren in der vergangenen Saison 45.328 Polizeieinsatzstunden nötig, um einen möglichst sicheren Ablauf der Bundesligaspiele zu gewährleisten. Die Kosten dafür summierten sich auf insgesamt rund 2,8 Millionen Euro. Viel Geld - insbesondere angesichts der angespannten Haushaltslage Bremens. Aber warum müssen eigentlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für diese Einsatzkosten aufkommen? Dieser Frage will jetzt die SPD-Fraktion mit einer entsprechenden Initiative auf den Grund gehen.

Geld schießt keine Tore, heißt es. Dennoch ist der Bundesligafußball in Deutschland ein lukratives Geschäft: Allein in der Saison 2011/2012 erlösten die in der Deutschen Fußball Liga (DFL) zusammengeschlossenen 36 Vereine und Kapitalgesellschaften rund 2,5 Milliarden Euro. An den Kosten der Polizeieinsätze, die letztlich nötig sind, um diesen Milliardenumsatz zu erzielen, beteiligt sich der Ligaverband als Veranstalter der Bundesligaspiele indes nach wie vor nicht.

„Während wir in Bremen beispielsweise gerade noch händeringend 40.000 Euro für den Erhalt des Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen sicherstellen konnten, macht die DFL Millionengewinne. Ich halte es daher für mehr als recht und billig, grundsätzlich zu klären, ob und wie die Fußball-Liga - zur Not auch gegen deren Widerstand - an den Polizeikosten beteiligt werden kann“, begründet der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal. Das der Bremer Vorstoß mittlerweile ein bundesweites Echo hervorgerufen hat, wundert ihn dabei nicht: „In vielen Bundesländern wird unsere Initiative genau beobachtet – denn vor dem Problem der hohen Kosten durch die Polizeimehrarbeit in und auf den Wegen zu den Stadien stehen wir keineswegs allein.“

Negative Folgen hätten dabei zudem die Polizistinnen und Polizisten zu tragen: „Nicht selten halten sie buchstäblich ihren Kopf hin, wenn sie insbesondere bei sogenannten Risikospielen gewaltbereiten Fans gegenüberstehen. Und als

Gegenleistung wächst durch die Fußballeinsätze der Überstundenberg, den sie vor sich her schieben, immer weiter an“, sagt Senkal. Genau deshalb sehe die SPD-Initiative vor, dass eine finanzielle Beteiligung der DFL an den Kosten

nicht irgendwo im Bremer Haushalt versickern darf: „Das Geld soll ganz klar dafür eingesetzt werden, die Mehrarbeit der Polizistinnen und Polizisten abzugelten“.

Auch wenn die DFL bereits hartnäckigen Widerstand bis hin zu einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen eine etwaige Beteiligung an den Einsatzkosten angekündigt hat, will die SPD-Fraktion weiterhin das Gespräch suchen: „Wir wollen zunächst prüfen, mit welchen landesrechtlichen Regelungen wir die DFL als Veranstalterin der Bundesliga-Fußballspiele in die Pflicht nehmen können. Auf Grundlage dieser Prüfung werden wir dann einen weiteren Einigungsversuch unternehmen“, sagt Senkal und hofft auf ein Einlenken der DFL: „Wir haben einerseits immer weniger Geld für soziale Einrichtungen und Projekte zur Verfügung, müssen andererseits aber Millionenbeträge für Polizeieinsätze am Stadion bezahlen - vor diesem offenkundigen Missstand können sich auch die Fußball-Funktionäre nicht auf Dauer wegducken.“



Polizei & Bundesliga: mehr als 45.000 Einsatzstunden allein in der letzten Saison in Bremen.

Foto: Andreas Holling

> Antragsentwurf: Veranstalter von Lizenzfußballspielen angemessen an den öffentlichen Kosten beteiligen

<http://tinyurl.com/poleinsatz>

## AUSBAU DER U3-BETREUUNG: AUCH DAS ‚WO‘ IST ENTSCHEIDEND!

**Bremen ist beim Ausbau der Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder ein ganzes Stück weiter gekommen – allerdings bleibt weiterhin noch viel zu tun. Gerade in den sogenannten sozial benachteiligten Quartieren werden zusätzliche Betreuungsplätze benötigt. „Es darf bei der Planung von weiteren Betreuungsplätzen und -einrichtungen nicht nur darum gehen, in welchen Nachbarschaften die Wahrscheinlichkeit von Klagen der Eltern auf einen Betreuungsplatz am größten ist“, betont der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle.**

Unter dem Titel „Alle Kinder mitnehmen“ hat die Koalition auf Initiative der SPD-Fraktion daher einen entsprechenden Antrag auf den Weg gebracht.

„Konkret geht es uns dabei darum, gerade dort, wo Eltern ihre Kinder aus vielerlei Gründen bislang weniger häufig in die Kita schicken, Betreuungsplätze einzurichten“, sagt Möhle. Dass der Bedarf danach sehr wohl vorhanden ist, bestätigten Klaus Möhle jetzt bei einem Vor-Ort-Termin, die Leiterinnen des Kinder- und Familienzentrums Stichnathstraße, einer Einrichtung von Kita-Bremen in Kattenturm.

„Bei uns fragen immer wieder Eltern nach Plätzen für ihre Unter-Dreijährigen Kinder - aber das Angebot hier im Stadtteil reicht einfach nicht aus“, berichtet Marion Haase „Hier müsste man nicht einmal



Klaus Möhle mit den Leiterinnen der Kita Stichnathstraße Marion Haase (r.) und Stefanie Lehmann.

Werbung machen, um Eltern zu gewinnen, ihre Kinder betreuen zu lassen: Die Angebote würden sofort angenommen.“

Das offizielle Statistiken derweil gerade in den sozial benachteiligten Stadtteilen keinen Bedarf ausweisen, heiße dabei keineswegs, dass es ihn nicht gebe, ergänzt Lehmanns Kollegin, Stefanie Lehmann: „Gerade Eltern mit ausländischen Wurzeln sind ihre

Rechte oft gar nicht bewusst - und viele würden aufgrund der Erfahrungen mit staatlichen Institutionen in ihren Heimatländern gar nicht auf die Idee kommen, entsprechenden Bedarf bei offiziellen Stellen anzumelden, geschweige denn, ihr Klagerecht in Anspruch zu nehmen.“

Wie wichtig Betreuungsangebote aber gerade in sozial benachteiligten Quartieren sind, haben die beiden Kita-Leiterinnen bereits häufig erfahren: Mehrmals sind sie bereits von alleinerziehenden Müttern angesprochen worden, die zwar einen Ausbildungsplatz aber keinen Betreuungsplatz für ihre Kinder in Aussicht hatten. Die Folge: Den Müttern wird ihre berufliche Zukunft verbaut – und sie bleiben von staatlicher Unterstützung abhängig. Auch das soll jetzt durch die politische Initiative der SPD-Fraktion angegangen werden: „Mich jedenfalls hat das Gespräch hier in Kattenturm bestärkt: Es ist richtig, gerade in den sozial schwächeren Quartieren die Zahl der U3-Plätze konsequent zu steigern“, so Möhle abschließend.

> Antrag: Alle Kinder mitnehmen: Sozialraumorientierter Ausbau der U3-Betreuung  
<http://tinyurl.com/u3kita>

### IMPRESSUM

**SPD-Bürgerschaftsfraktion  
Land Bremen**

Geschäftsführer: Frank Pietrzok  
Wachtstraße 27/29  
28219 Bremen  
T. 0421.336770 / F. 0421.321120  
spd-fraktion@spd-bremen.de

### V.i.S.d.P.:

André Städler

### Redaktion:

Matthias Koch

### Fotos:

Matthias Koch

### Druck:

Berlin Druck / Achim

**Auflage:** 5.500 Exemplare

[www.spd-fraktion-bremen.de](http://www.spd-fraktion-bremen.de)



ClimatePartner  
wir drucken klimaneutral

Druck | ID: 11242-1311-1003

Unterstütztes Projekt  
Wasseraufbereitung, West-Kenia